



Ihr Zeichen

Unser Zeichen  
Beh

Durchwahl  
-220

Datum  
02.09.2011

**Sehr geehrte Leser,**

die AWO Weser-Ems hatte den Parteien einzelner Kommunen von Osnabrück bis Ostfriesland 14 Fragen zur Seniorenpolitik gestellt. Die Rückmeldungen sollen den AWO Mitgliedern und weiteren interessierten Menschen die Wahlentscheidung am 11. September erleichtern. Gefragt wurden die SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke.

Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation in der Altenhilfe in Niedersachsen beschränken sich die Fragen auf die Belange der älteren Generation und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Pflege. In der Region Weser-Ems sind über 25 Prozent der Bevölkerung 60 Jahre und älter. „Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und Anbieter sozialer Dienstleistungen fühlt sich die AWO Weser-Ems unter anderem dieser Bevölkerungsgruppe solidarisch verbunden“, sagt AWO Vorsitzender Dr. Harald Groth.

**Anbei stellen wir Ihnen die Wahlprüfsteine aus der Region Friesland (Wilhelmshaven, Aurich, Leer, Emsland, Emden, Wittmund, Friesland) zur Verfügung.**

**Bis zum 02. September haben folgende Parteien geantwortet:**

**SPD Kreisverband Wilhelmshaven**

**CDU Kreisverband Leer**

**FDP Kreisverband Wilhelmshaven**

**FDP Rhaderfehn**

**Bündnis90/Die Grünen OV Esens**

**Bündnis90/Die Grünen Kreisverband Emsland-Nord**

Für Fragen steht Ihnen der Mitarbeiter Paul Behrens (Tel. 0441 4801 220) gern zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen

Ihre AWO

## Christa Tautz

---

Von: "Paul Behrens" <behrens@zentrale.awo-ol.de>  
An: "Christa Tautz" <Tautz@zentrale.awo-ol.de>  
Gesendet: Freitag, 26. August 2011 10:48  
Betreff: Fw: SPD Kreisverband Wilhelmshaven: Wahlprüfsteine

— Original Message —

From: [Volker Block](#)  
To: [behrens@zentrale.awo-ol.de](mailto:behrens@zentrale.awo-ol.de)  
Sent: Friday, August 26, 2011 7:42 AM  
Subject: SPD Kreisverband Wilhelmshaven: Wahlprüfsteine

SPD Kreisverband Wilhelmshaven  
Kreisverbandsvorstand



Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei die Wahlprüfsteine.

**1.) Gibt es in Ihrer Partei ein konkretes Programm für Seniorenpolitik?**

Nein. Wir haben eine extra Arbeitsgemeinschaft 60+, die diesbezüglich Verantwortung trägt.

**2.) Wie wollen Sie in der Kommune erreichen, dass in Zukunft Ihre Kommune generationenübergreifend attraktiv sein wird?**

Die SPD Wilhelmshaven setzt im sozialen Bereich auf ein breites Spektrum aus Prävention, Bildung, Jugendförderung und sportlichen Aktivitäten. Wirtschaftlich wollen wir einen Aufschwung in der Region durch den Jade-Weser-Port und angrenzende Industrien erreichen. Das darf aber nicht unser alleiniges Ziel sein. Der Mittelstand und die Kleinbetriebe sind in Wilhelmshaven in den letzten Jahren viel zu kurz gekommen. Durch eine Bündelung der Wirtschaftsförderungsgesellschaften wollen wir den Standort Wilhelmshaven besser vermarkten.

Touristisch sehen wir im Banter See die Chance, ein Naherholungsgebiet mit Flair zu schaffen. Die nachhaltige Verbesserung der Wasserqualität ist eines der primären Ziele der SPD.

**3.) Gibt es bei Ihnen Konzepte, die neue Wohn- und Lebensformen sowie zentrumsnahen, barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum als Alternative zum Heim fördern?**

Die Kommune hat in WHV leider wenig bis keine Einflußmöglichkeiten auf die Gestaltung des Wohnraumes. Die SPD sieht die Aufgabe bei den privaten Träger der Stadt, insbesondere den Wohnungsbaugenossenschaften Bauverein Rüstringen und Spar-und-Bau. Die SPD glaubt, dass sich die Genossenschaften als mitgliederorientierte Gesellschaftsform perfekt dazu eignen, auf die Bedürfnisse ihrer Mitglieder einzugehen - denn davon leben sie schließlich. Beide genannten Genossenschaften bieten zentrumsnah Wohnraum an und haben sich dem ändernden Markt durch den demografischen Wandel bereits erfolgreich angepasst.

**4.) Wie werden Sie die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie die Mobilität der Senioren durch den ÖPNV sicherstellen?**

In Wilhelmshaven ist die Versorgung mit Lebensmitteln gut bis sehr gut. Die Angebotsdichte ist leider nicht durch die Kommune beeinflussbar.

Die Stadtwerke bauen gerade an vielen Haltestellen erhöhte Gehsteige, so dass Senioren und Gehbehinderte ebenerdig den ÖPNV nutzen können (z. B. in der Jadeallee). Die SPD sieht diese Entwicklung als positiv an und wird sich in Zukunft die Fortführung und Ergänzung solcher Maßnahmen einsetzen.

**5.) Wie werden Sie die Strukturen einer aktiven Seniorenarbeit in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport und Beratung bedarfsgerecht, flächendeckend und intergenerativ weiterentwickeln?**

Die SPD Wilhelmshaven unterstützt die Familienzentren - dort wo noch keine vorhanden sind, müssen welche entstehen. Die Bildung kann die stadtteigene VHS gGmbH gefördert werden, hier gibt es bereits viele Angebote auch im Bereich der Seniorenarbeit. Die SPD setzt sich außerdem für eine Intensivierung des Seniorensports ein.

**6.) - 9.) zusammengefasst**

Die SPD Wilhelmshaven will eine stärkere Vernetzung erreichen - einmal unter den Betroffenen selbst (z. B. durch Bildungsangebote wie unter 5. beschrieben), durch Sport oder Begegnungsstätten. Zum anderen muss es aber auch eine stärkere Vernetzung von Anbietern und Senioren geben.  
In der Stadt muss auch die freiwillige Arbeit an und mit Senioren gefördert werden. Dies könnte durch eine Freiwilligenagentur in privater Trägerschaft geschehen, die durch die Kommune zum Beispiel mit Räumlichkeiten ausgestattet wird.

**10.) Wie stellen Sie sicher, dass die haus- und fachärztliche Versorgung sowie Prävention in gesundheitlichen Bereichen gewährleistet wird und die geriatrische Versorgung sowie Palliativ- und stationäre Hospizangebote ausgebaut werden?**

Wilhelmshaven hat eine gute Versorgung mit Haus- und Fachärzten. Zudem ist die Dichte der Arztversorgung durch die Kommune nicht zu beeinflussen.

Das städtische Reinhard-Nieter-Krankenhaus soll eine geriatrische Station erhalten, Palliativ- und stationäre Hospizangebote gibt es im Friesland-Raum.

**11.) (Demenzstationen)**

Die örtlichen privaten Träger passen sich bereits jetzt dem steigenden Bedarf nach Demenzstationen an. Die SPD Wilhelmshaven sieht aus der kommunalen Betrachtung vorerst keinen Handlungsbedarf.

**12.)+13.) Fachkräftemangel/Tariflohn// Umlagefinanzierte Ausbildung**

Die SPD Wilhelmshaven handelt nach dem Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" - auch in den städtischen Betrieben. Die Pflege findet in Wilhelmshaven überwiegend unter privater Trägerschaft statt, die Einflussmöglichkeiten sind hier gering. Gegen den Fachkräftemangel könnten Jobbörsen und eine umlagefinanzierte Ausbildung helfen. Letztere steht für eine solidarische Schulterung der Ausbildungskosten und wird durch die SPD unterstützt.

**14.) Seniorenbeiräte**

Der Seniorenbeirat der Stadt muss bei der Fortschreibung des Altenhilfeplans mit einbezogen werden. Überhaupt muss dieser Plan dringend fortgeschrieben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Block  
Kreisverbandsvorsitzender

SPD Kreisverband Wilhelmshaven  
Rathausplatz 14  
26384 Wilhelmshaven  
Tel. (+49)-(04421)-77919-0  
Fax (+49)-(04421)-77919-20  
Mobil (+49) (163)-1721474  
E-Mail [v.block@spd-wilhelmshaven.de](mailto:v.block@spd-wilhelmshaven.de)  
[www.spd-wilhelmshaven.de](http://www.spd-wilhelmshaven.de)



DER KREISVORSITZENDE

### Wahlprüfsteine des AWO Bezirksverbandes Weser-Ems e.V. zur Kommunalwahl 2011

1. Auf allen Ebenen greifen wir als Christdemokraten die Seniorenpolitik als wichtiges Thema auf. Neben den zahlreichen Programmen auf Bundes- und Landesebene beschäftigt sich unser Kreiswahlprogramm „Mut zur Verantwortung“, dass diesem Schreiben beiliegt, mit der Senioren Politik.
2. Der Landkreis Leer ist durch seine Vielfältigkeit in der Mischung aus Wasseranbindung, ländlichem Raum und der steigen Wirtschaftskraft schon heute ein attraktiver Raum für Jung und Alt. Wir als CDU im Landkreis Leer arbeiten auf allen Ebenen daran, dass das so bleibt. Junge Menschen können wir vor allem durch attraktive Bildungsangebote für uns begeistern. Daher setzen wir uns für Einrichtungen wie die Berufsakademie Ost-Friesland und die Seefahrtsschule ein. Wir erkennen aber auch an, dass viele Senioren sich in unserem Landkreis einen Altersruhesitz aufbauen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass durch Angebote, wie beispielsweise Mehrgenerationenhäuser, diese Menschen in unseren Landkreis integriert und aktiv eingebunden werden.
3. Der Landkreis Leer hat mit Unterstützung der CDU/BfR Gruppe im Kreistag die Stelle einer Demographiebeauftragten geschaffen, die im besonderen Maße, u.a. durch regelmäßige Demographie Monitorings, die für uns anstehenden Entwicklungen deutlich macht und mögliche Wege aufzeigt wie wir dem Wandel begegnen können. Wir sehen den demographischen Wandel auch als Chance uns neu aufzustellen.
4. Insbesondere die Gemeinden stellen mit der kontinuierlichen Erweiterung des ÖPNV Angebots die Mobilität der Senioren sicher. Da wir aber in unserem ländlichen Landkreis nicht alle Wohngebiete mit dem regulären Angebot erreichen können, begrüßen wir kostengünstige Angebote wie den Anrufbus.
5. Die flächendeckend eingeführten Familienstützpunkte im Landkreis Leer, sowie die Ehrenamtskoordinierungsstelle beim Landkreis prüfen die Strukturen permanent und ergänzen sie fortlaufend um den veränderten Lebensumständen der Menschen gerecht zu werden.

CDU-Kreisverband Leer  
Patrick Engel  
Kreisvorsitzender

Telefon: (0491) 999 74 61  
Mobil: (0175) 6 837 031  
e-Mail: patrick.engel@cdu-leer.de

Kreisgeschäftsstelle  
Ledastraße 11  
26789 Leer (Ostfr.)

Telefon: (0491) 12878  
Telefax: (0491) 91 91 069  
e-Mail: kreisverband@cdu-leer.de  
www.cdu-leer.de

6. Soziale Isolation ist ein Problem in allen Altersgruppen. Jedoch sind städtisch geprägte Regionen in viel größerem Maße betroffen als ländliche. Durch die Förderung der Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft und die kontinuierliche Unterstützung der aktiven Dorfgemeinschaft im ehrenamtlichen Bereich arbeiten wir schon seit längerem daran, sozialer Isolation vorzubeugen.
7. Von den bereits erwähnten neu eingerichteten Familienstützpunkten im Landkreis Leer erhoffen wir uns neue Impulse und eine zielgerichtete Beratung, um die Rahmenbedingungen für die Menschen, die ihre Angehörigen selbst pflegen, zu verbessern.
8. Mehrgenerationenhäuser sind ein wichtiger Schritt um Generationen zusammenzuführen und voneinander lernen zu lassen. Die zahlreichen Projekte dieser Häuser, die insbesondere den Bereich des „Voneinander-Lernen“ forcieren, müssen noch mehr auch auf andere Standorte und damit den gesamten Landkreis ausgedehnt werden.
9. Der Bundesfreiwilligendienst, den wir unterstützen, bietet zahlreiche attraktive Möglichkeiten zur Einbindung von ehrenamtlichem Engagement, insbesondere im Bereich der Pflege von hilfsbedürftigen oder älteren Menschen. Darüber hinaus bieten der „Blinkfuer“ als Auszeichnung für Ehrenamtlich Tätige im Landkreis Leer, die Ehrenamtskoordinierungsstelle beim Landkreis, sowie die Ehrenamtskarte gute Rahmenbedingungen, die maßgeblich auf Initiative der CDU eingeführt wurden.
10. Die Einrichtung der European Medical School (EMS) in Oldenburg eröffnet uns beim werben um junge Nachwuchsmediziner völlig neue Wege. Da das Projekt aber noch sehr jung ist, werden wir auf die Auswirkungen noch etwas warten müssen. Bis dahin hilft uns das neueste Gesetz der Bundesregierung zur Besoldung von Landärzten ein Stück weiter. Darüber hinaus ist es bei Ärzten ähnlich wie bei allen anderen Berufsgruppen: Das Lebensumfeld muss ein angenehmes sein. Daran arbeiten wir täglich.

11. Wir erkennen die veränderte Situation im Pflegebereich, insbesondere im Bereich der Demenkranken an und werden prüfen in wie weit wir als Kommunalpolitiker in diesem Zusammenhang Einfluss nehmen können.
12. Die mangelnde Wertschätzung der Pflegearbeit können wir in der von Ihnen beschriebenen Pauschalität nicht wahrnehmen. Vielmehr glauben wir, dass die Mehrzahl der Menschen größten Respekt vor der physischen und psychischen Belastung der Pflegenden hat. Dadurch, dass sich der gesamte Pflegebereich strukturell momentan stark verändert, wird es unweigerlich dazu kommen, dass die Pflegekräfte für ihre immer umfangreicher werdenden Arbeiten anders bezahlt werden.
13. Da wir kurz- und mittelfristig ein Nachwuchsproblem im Pflegebereich bekommen werden, haben alle Einrichtungen ein großes Interesse an einer fachgerechten Ausbildung. Wir werden uns dafür stark machen, dass durch geeignete gesetzliche Maßnahmen daran mitgewirkt wird, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.
14. Wir schätzen den Beitrag der ehrenamtlich Aktiven in den Seniorenbeiräten und freuen uns über jede Anregung zu politischen Entscheidungen, die wir gerne aufnehmen und diskutieren.



Wilhelmshaven, 08.08.2011

AWO Bezirksverband Weser-Ems e.V.  
Herrn Paul Behrens  
Klingenbergstr. 73  
26133 Oldenburg

Betr.: Wahlprüfsteine. Ihr Schreiben vom 27.7.11

Sehr geehrter Herr Behrens,

vielen Dank für das o.g. Schreiben.

Als lokal verankerte Partei haben wir uns mit einer Vielzahl von Fragen der Kommunalpolitik zu beschäftigen, nicht zuletzt mit den erheblichen finanziellen Schieflagen, besonders in Wilhelmshaven. Es wird mir daher nicht immer gelingen, Ihre umfangreichen und differenzierten Fragen ausreichend zu beantworten. Nicht selten liegt die Verantwortung ja auch bei Bund und Land. Ich beantworte die Fragen aus Sicht einer Lokalpartei!

Zu 1.: Im Wahlprogramm der Wilhelmshavener FDP gibt es kein konkretes Programm für die Seniorenpolitik. Allerdings wollen wir das Engagement der Bürger verstärkt für die vielfältigen Aufgaben in einer Kommune nutzen und erhoffen uns gerade auch von den Älteren eine aktive Unterstützung z.B. bei Schülerhilfen etc. Geistige Beweglichkeit und Zufriedenheit durch solche Tätigkeiten können den Älteren zugutekommen.

Zu 2.: Wir besitzen bereits ein Mehrgenerationenhaus, welches erhalten bleiben soll. Daneben sind die Wohnungsbaugesellschaften seit Jahren dabei, in ihrem Bereich sowohl für junge Familien als auch für die Senioren attraktiven Wohnraum und Begegnungsstätten zu schaffen. Unsere Schulen werden laufend optimiert, so dass Jugendliche eine gute Chance haben, in Wilhelmshaven Abschlüsse und Ausbildung zu bekommen. Bei hinreichenden Arbeitsplätzen können sie dann weiter vor Ort bleiben.

Zu 3.: Die schon genannten Wohnungsbaugesellschaften haben sich seit langem auf den demographischen Wandel eingestellt. Die Kommune ist hier u.a. durch das Programm „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ behilflich gewesen bzw. ist es noch. Was ist „bezahlbarer“ Wohnraum? Die Preise bilden sich am Markt, bei unzureichender finanzieller Ausstattung der Mieter kann Wohngeld gezahlt werden.

Zu 4.: Die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen ist nicht in erster Linie Aufgabe der Kommune oder der Politik. Aber alle Stadtteile sind durch ausreichend Einkaufsmöglichkeiten gekennzeichnet. Die Stadt hat dazu in allen Jahren durch entsprechende Bauleitplanung beigetragen. Der ÖPNV bedient alle Stadtteile ausreichend, die Preise sind recht niedrig. Darüber hinaus gibt es Fahrdienste für nicht mehr selbst gefähige Personen.

Zu 5.: Die Stadt Wilhelmshaven verfügt über ein breites Angebot an kulturellen Einrichtungen, gute Bildungsmöglichkeiten in der VHS, der evangelischen und katholischen Erwachsenenbildung und viele Sportvereine bieten auch für Senioren geeignete Aktivitäten an. Die Stadtverwaltung bietet Beratung im Rahmen der Altenhilfe an. Hierzu und zu vielen weiteren Fragen hat die

Kommune einen umfangreichen Seniorenwegweiser entwickelt, der laufend fortgeschrieben werden sollte.

Zu 6.: Die schon genannten diversen kulturellen und Bildungseinrichtungen werden ergänzt durch 5 Begegnungsstätten und eine Seniorenwerkstatt. Hinzuweisen ist auch auf das Mehrgenerationenhaus. Die Einrichtungen sollten erhalten und ggf. ausgebaut werden.

Zu 7.: Hier gibt es bereits gesetzliche Regelungen. Wir sehen keine Aufgabe der Kommune.

Zu 8.: Die gesellschaftliche Entwicklung ist kaum politisch zu steuern. Aber die genannten Einrichtungen können dem „Auseinanderdriften“ der Generationen entgegenwirken. Gerade das Engagement der Älteren in Schulen könnte hier eine weitere Möglichkeit sein.

Zu 9.: Wilhelmshaven vergibt seit mehreren Jahren eine Ehrenamtskarte mit der ehrenamtlich Tätige zahlreiche Einrichtungen kostenreduziert besuchen bzw. benutzen können. Die Formulierung „...sowie die Gewinnung, Qualifizierung und Betreuung von hilfsbedürftigen älteren Menschen und deren Familien...“ habe ich nicht verstanden.

Zu 10.: Die medizinische Versorgung bzw. deren Sicherstellung obliegt der Ärzteschaft mit ihren Landesorganisationen. Diesen ist der gesetzliche Auftrag zur Sicherstellung übertragen. Eine kommunale Einflussnahme ergibt sich nicht. Im Bereich der Krankenhäuser ist die Notwendigkeit zu einem entsprechenden Angebot bereits erkannt. Das RNK wird eine geriatrische Abteilung einrichten.

Zu 11.: Im Hinblick auf die finanzielle Besserstellung bei der Betreuung von Demenzkranken ist in erster Linie der Bund gefordert. Entsprechende gesetzliche Verbesserungen sind vorgesehen. Mehrere Pflegeheime verfügen bereits über Demenzstationen. Die Subsidiarität bewährt sich auch hier.

Zu 12.: Die Entlohnung von Pflegekräften bzw. eine eventuelle Besserstellung ist nicht Aufgabe der Kommune. Unsere Berufsschulen bieten eine qualifizierte Ausbildung, die Weiterbildungseinrichtungen Möglichkeiten zur Umschulung. Das kann bedarfsweise ausgebaut werden.

Zu 13.: Die Finanzierung der Pflegeausbildung ist nicht Aufgabe der Kommune. Bitten wenden Sie sich an Bundes- und Landespolitiker.

Zu 14.: Zunächst einmal sollte der vorhandene Seniorenbeirat seine Möglichkeiten wesentlich stärker nutzen. Als Fraktion und Partei stehen wir darüber hinaus jeder Zeit für Fragen, Anregungen und Kritik zur Verfügung und sind gern bereit, entsprechende Wünsche in die Arbeit von Rat und Ausschüssen einzubringen.

Mit freundlichem Gruß

Dr. Michael von Teichman  
Kreisvorsitzender



**Christa Tautz**

Von: ~~"Paul Behrens" <behrens@zentrale.awo-ol.de>~~  
 An: ~~"Christa Tautz" <Tautz@zentrale.awo-ol.de>~~  
 Gesendet: Montag, 29. August 2011 13:46  
 Betreff: Fw: Wahlprüfsteine der AWO

FDP  
 Rhaender/ehn

— Original Message —

From: Dita Oltmanns  
 To: ~~behrens@zentrale.awo-ol.de~~  
 Cc: ~~"Christa Tautz" <Tautz@zentrale.awo-ol.de>~~  
 Sent: Monday, August 29, 2011 12:30 PM  
 Subject: Wahlprüfsteine der AWO

Sehr geehrter Herr Behrens!

Ich möchte Ihnen auf Ihren Fragebogen antworten. Das Datum ist zwar schon überschritten, aber wir befinden uns gegenwärtig in der „heißen Phase“ des Wahlkampfes.

Ich übe das Amt der Seniorenbeauftragten auf Kreisebene erst seit einigen Monaten aus. In dieser Eigenschaft hatte ich z. B. im April – zusammen mit unserem Kreisvorsitzenden Herrn Brüggemann und dem Kreisgeschäftsführer Herrn Reinert – ein Gespräch mit den Senioren- und Demographiebeauftragten des Landkreises Leer, Frau Diekhoff und Frau Berkels. In diesem sehr interessanten Gespräch ging es um viele unterschiedliche Themenbereiche: Altersgerechtes Wohnen, ärztliche Versorgung, Mobilität im Alter, Beratung von Arbeitgebern bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen für ältere Arbeitnehmer. Grundsätzlich geht es um die Frage, wie man angesichts demographischer Verschiebungen den Senioren in unserer Gesellschaft gerecht werden kann. Auf diese Frage gibt es sicher keine schnellen Antworten, da allein schon das Problem der Betreuung im Alter nach Lösungen verlangt, die aber offensichtlich auch auf höchster politischer Ebene bisher nicht mit der nötigen Konsequenz angegangen werden, obwohl sie drängend sind. Sicher muss man hier in Teilbereichen auch auf die ehrenamtliche Tätigkeit zurückgreifen. Das große Problem der Finanzierung der Pflege und der Bereitstellung von qualifiziertem Pflegepersonal scheint jedoch ungelöst.

Gerade angesichts dieser erdrückenden Problematik waren wir in dem Gespräch mit den Vertreterinnen des Landkreis sehr beeindruckt von dem vorbildlichen Engagement, mit dem hier versucht wird, auf die älteren Mitbürger zuzugehen und in jeglicher Beziehung Hilfestellung zu geben. Wir sind mit den beiden Damen so verblieben, dass wir im Gespräch bleiben werden und Initiativen mit unterstützen, soweit unsere Kompetenzen auf kommunaler Ebene reichen.

Sehr geehrter Herr Behrens, vielleicht darf ich auch Sie bitten, sich an uns zu wenden, wenn es um die Belange unserer älteren Mitbürger geht, denn im gemeinsamen Handeln lassen sich oft auch gangbare Wege finden.

Ich hoffe, Ihnen hiermit zunächst gedient zu haben und verbleibe  
 Mit freundlichen Grüßen  
 Dita Oltmanns



Antworten zu den Wahlprüfsteinen des AWO Bezirksverbandes Weser-Ems e.V. zur Kommunalwahl 2011

### Zu Ihrem Wahlprogramm

1. Gibt es in Ihrer Partei ein konkretes Programm für Seniorenpolitik?

***Wir stehen für eine generationenübergreifende Kommunalpolitik. Ein extra Programmteil Seniorenpolitik gib es deshalb in unserem Wahlprogramm nicht.***

***In unserem Wahlprogramm steht, dass wir uns einsetzen***

- ***gegen den Verkauf der stadteigenen Altenwohnungen. Für den Fall, dass die SPD (einschließlich des AWO Ortsvereinsvorsitzenden) auch nach der Wahl an diesem Ziel festhält, wollen wir den Erlös in neue Wohnungen für ältere Menschen investieren.***
- ***den Erhalt des Mehrgenerationenhauses***
- ***den Erhalt des Seniorenservicebüros***

2. Wie wollen Sie in Ihrer Kommune erreichen, dass in Zukunft Ihre Kommune generationenübergreifend attraktiv sein wird?

***Esens ist, betrachtet man die „Zuwanderung“ in die Stadt, für ältere Menschen sehr attraktiv. Deshalb ist es uns wichtig, die Situation in der Stadt für die jüngere Generation interessanter zu gestalten.***

***Ältere Menschen wollen so lange wie möglich in ihren eigenen Wohnungen zurechtkommen. Das setzt eine seniorenfreundliche Infrastruktur voraus.***

3. Mehr als die Hälfte der Menschen wohnt in Ein- bis Zweifamilienhäusern. Bei der demographischen Entwicklung ist abzusehen, dass künftig vermehrt 1-2 Personen in großen Häusern und Wohnungen leben müssen. Gibt es bei ihnen Konzepte, die neue Wohn- und Lebensformen sowie zentrumsnahen, barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum als Alternative zum Heim fördern?

***Sollte es zum Verkauf der stadteigenen Altenwohnungen kommen, wollen wir den Erlös in neue Wohnungen (Wohn- und Lebensformen) für ältere Menschen investieren. Grundsätzlich wollen wir diese Entwicklung auch ohne den Verkauf der stadteigenen Altenwohnungen fördern, die finanziellen Spielräume sind natürlich sehr begrenzt.***

4. Wie werden Sie die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie die Mobilität der Senioren durch den ÖPNV sicherstellen?

***Wir wollen den ÖPNV flexibler gestalten (Rufbussystem) und wohnortnahe Serviceleistungen (z. B. Tagescafé, Einkaufshilfen) fördern und unterstützen.***

5. Wie werden Sie die Strukturen einer aktiven Seniorenarbeit in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport und Beratung bedarfsgerecht, flächendeckend und intergenerativ weiterentwickeln?

***Durch Stärkung des Seniorenbeirats und des Seniorenservicebüros.***

Die Zahl der Pflegebedürftigen, die allein oder zu zweit wohnen, wird in den kommenden Jahren erheblich zunehmen.

6. Welche Konzepte entwickelt Ihre Partei, um einer sozialen Isolation entgegenzuwirken?

***Erhalt und Förderung bezahlbarer, ortsnaher Wohnungen. Stärkung des Besuchsdienstes.***

7. Viele Familienmitglieder kümmern sich um ihre pflegebedürftigen Angehörigen und sind nicht selten damit überfordert. Welche Konzepte unterstützen Sie zur Entlastung der pflegenden Familienangehörigen?

***Wir setzen uns dafür ein, dass Bündnis90/Die Grünen auf Bundesebene die Pflegeversicherung stabilisieren und stärken.***

8. In modernen Gesellschaften leben die Generationen überwiegend getrennt. Welche übergreifenden Konzepte verfolgen Sie, um Generationen wieder zusammenzuführen?

***Stärkung der Arbeit des Mehrgenerationenhauses.***

***Vernetzung der Einrichtungen zur Kinderbetreuung mit Angeboten von Seniorinnen und Senioren (z.B. Großelternpatenschaften, Großelternservice, gemeinsame Aktivitäten von Alt und Jung).***

***Stärkere Einbindung der Kompetenzen von Senioren und Seniorinnen in das öffentliche Leben der Kommune (z. B. in Schulen, Besuchspatenschaften, Besuchsdienste etc.).***

9. Wie werden Sie die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement sowie die Gewinnung, Qualifizierung und Betreuung von hilfsbedürftigen älteren Menschen und deren Familien verbessern?

***Wir setzen uns dafür ein, dass Bündnis90/Die Grünen auf Bundesebene die finanziellen Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement (z.B. Bundesfreiwilligendienst) stärken.***

Mit einer älterwerdenden Generation ist die Zunahme altersspezifischer Erkrankungen verbunden.

10. Wie stellen Sie sicher, dass die haus- und fachärztliche Versorgung sowie Prävention in gesundheitlichen Bereichen gewährleistet wird und die geriatrische Versorgung sowie Palliativ und stationäre Hospizangebote ausgebaut werden?

**Wir setzen uns dafür ein, dass Bündnis90/Die Grünen auf Bundesebene und Landesebene die finanziellen und fachlichen Rahmenbedingungen für die haus- und fachärztliche Versorgung so gestalten, dass auch in der Fläche die Versorgung gewährleistet wird.**

11. Wir wissen, dass die Zahl der demenziell erkrankten Personen zunehmen wird. Der Mehraufwand, der bei der medizinischen Versorgung demenzerkrankter Patienten entsteht, muss angemessen finanziert werden. Der Um- und Ausbau so genannter Demenzstationen liegt auch in kommunaler Verantwortung. Wie wird sich Ihre Partei bei der Umsetzung moderner Konzepte einsetzen?

**Wir unterstützen die Umsetzung moderner Konzepte beim Um- und Ausbau der Demenzstationen im Rahmen der kommunalen Finanzierungsmöglichkeiten.**

Die stationären Pflegeeinrichtungen in Niedersachsen sind im Vergleich zu Einrichtungen in anderen Bundesländern finanziell wesentlich schlechter gestellt.

12. Zu den Folgen zählen ein zunehmender Fachkräftemangel und die mangelnde Wertschätzung der geleisteten Pflegearbeit. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die finanzielle Grundlage der Pflege verbessert wird? Treten Sie für Tariflöhne in der Pflege ein?

**Grundsätzlich fördern und unterstützen wir alle Bestrebungen Tariflöhne (Grundlage TVL) zu zahlen.**

**Die Pflegesätze sollten erhöht und grundsätzlich an die tarifgerechte Bezahlung (TVL) gekoppelt werden.**

13. Wie steht Ihre Partei zu einer umlagefinanzierten Ausbildung in der Pflege?

**Grundsätzliche Zustimmung**

**Viele ältere aktive Mitglieder der AWO Weser-Ems sind ebenfalls in Seniorenbeiräten Ihrer Kommune aktiv.**

14. Welche weiteren Mitwirkungsmöglichkeiten der Seniorenbeiräte sehen Sie im Vorfeld politischer Entscheidungen? Welche weiteren politischen Partizipationsmöglichkeiten sehen Sie?

***Die Mitglieder des Seniorenbeirats sollten als beratende Mitglieder in den kommunalen Gremien mitarbeiten.***

Stichworte zu den Fragen der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Weser-Ems e.V.

Zu 1.) Ja, es gibt verschiedene programmatische Konzepte und Broschüren der Partei Bündnis 90/Die Grünen zur Seniorenpolitik, z.B. im Bundestagsprogramm 2009:

#### **Selbstbestimmt im Alter**

Immer mehr Menschen können bereits heute bis ins hohe Alter ihr Leben aktiv und selbstbestimmt führen. Und gleichzeitig gibt es Ältere, die den Eindruck haben, dass sie nirgends mehr gefragt sind, dass niemand mehr zuhört. Altern im 21. Jahrhundert ist vielfältig und verlangt nach differenzierten und flexiblen Antworten. Zentral ist für uns der Wunsch nach Selbstbestimmung, dessen Verwirklichung nicht an ein bestimmtes Lebensalter oder den Gesundheitszustand gekoppelt sein darf. Ältere wie pflegebedürftige Menschen wünschen andere Wohn- und Lebensformen als das klassische Heim. Gewünscht werden Angebote, die ihren Bedürfnissen nach Individualität, Vertrautheit und Häuslichkeit Rechnung tragen. Wir wollen differenzierte und auf viele unterschiedliche Lebenssituationen ausgerichtete Angebote für Ältere. Dazu gehört für uns das generationenübergreifende Zusammenleben sowie neue Wohn- und Pflegeformen wie Haus- oder Siedlungsgemeinschaften, die den individuellen Bedürfnissen Älterer eher gerecht werden als traditionelle Großeinrichtungen. Wir wollen eine Bürgergesellschaft, die auf die Kompetenz Älterer nicht verzichtet und ihr Engagement unterstützt. Wir brauchen altengerechte Kommunen mit einem gut ausgebauten und tatsächlich barrierefreien öffentlichen Nahverkehr, kulturellen Angeboten und einer erreichbaren Gesundheitsinfrastruktur. Für ältere Migrantinnen und Migranten wollen wir – wo nötig – Unterstützung anbieten, die auf ihre besonderen Lebenslagen eingeht.

In einer altengerechten Gesellschaft dürfen ältere Menschen nicht durch fehlendes Personal und andere Zugangshürden von Mobilität ausgeschlossen werden. Wenn gesellschaftliche Teilhabe immer mehr über neue Medien gewährleistet wird, dann müssen wir auch die Medienkompetenz von Älteren unterstützen. Alltagsbarrieren entstehen außerdem durch eine mangelnde Altengerechtheit vieler Produkte. Das fängt bei kaum lesbaren Beipackzetteln an und hört bei der schwierigen Bedienbarkeit vieler Gerätegruppen noch lange nicht auf. Eine aktive Verbraucherschutzpolitik muss die berechtigten Interessen der Älteren klarer zur Geltung bringen.

Wir wollen Menschen vor Armut im Alter schützen und deshalb für die, die ein Leben lang gearbeitet haben oder dem Arbeitsmarkt zu Verfügung standen, eine Garantierente einführen, die über der Grundsicherung liegt.

Zum Altern gehört allerdings auch, dass man hilfsbedürftig oder krank werden kann. Wenn Menschen dauerhaft die Hilfe und Unterstützung anderer benötigen, darf das aber nicht in Fremdbestimmung münden. Das Bedürfnis nach Individualität und Selbstbestimmung endet nicht an einer bestimmten Altersgrenze, sondern muss lebenslang erfüllt werden. Wir treten daher für Wohn-, Pflege- und Hilfeangebote ein, die diesen Bedürfnissen gerecht werden und allen Menschen, egal wie alt und wie hilfsbedürftig sie sein mögen, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Alte Menschen wollen auch noch als pflegebedürftige und Hochbegabte selbstbestimmt über ihr Leben entscheiden und häufig so lange wie möglich in der eigenen Wohnung, in nachbarschaftlich oder gemeinschaftlich organisierten Wohnformen oder in Pflege-Wohngemeinschaften leben. Eine menschennahe Pflege und ambulante und stationäre Angebote von hoher Qualität sind die Voraussetzung dafür. Insbesondere gehören dazu existenzsichernde Gehälter, niedrige Zugangsschwellen und einheitliche Qualitätsstandards für die Ausbildung in der Pflege.

Die meisten Menschen sterben in Institutionen wie Pflegeheimen und Krankenhäusern, obwohl der größte Teil der Menschen es vorziehen würde, im Kreis von vertrauten Personen die letzte Lebenszeit zu verbringen. Vor diesem Hintergrund ist die Hospizbewegung durch weitere Gründungen und den Ausbau von wohnortnahen Hospizeinrichtungen zu unterstützen. Die hospizliche Begleitung von Schwerkranken und Sterbenden muss sich an Menschen aller Glaubensrichtungen und Weltanschauungen richten. Die Professionalität der Hospize ist zu stärken, um auch das Lebensende und Sterben schwerstkranker Menschen menschenwürdig und in der Nähe ihrer Angehörigen sicher zu stellen. Hierzu zählt auch die weitere Förderung der Palliativmedizin. Die juristischen Grundlagen für ein Sterben in Würde, insbesondere durch eine größere Rechtssicherheit bei der Errichtung und Geltung von Patientenverfügungen, sind gesetzlich zu schaffen.

Wir lassen aber auch die Familien mit dieser anspruchsvollen und belastenden Aufgabe nicht allein, gerade auch weil dies zu Lasten der Frauen ginge. Damit die Sorge für Andere nicht mit der Erwerbstätigkeit kollidiert, haben wir GRÜNE eine dreimonatige Pflegezeit ähnlich der Elternzeit vorgeschlagen, für alle, die die Pflege von Angehörigen oder Freunden organisieren oder diese beim Sterben begleiten.

## Oder im Grundsatzprogramm (2002):

### **Demografischer Wandel.**

Unsere Gesellschaft wird älter. Aufgrund des Rückgangs der Geburtenrate und der wachsenden durchschnittlichen Lebenserwartung sinkt der Anteil des im Erwerbsarbeitsleben stehenden Teils der Bevölkerung. Der daraus sich ergebende kulturelle Wandel erfordert vor allem, dass unsere Gesellschaft die Frage der aktiven Integration der Älteren löst. Diese Entwicklung stellt auch das gesamte Sozialversicherungssystem vor weitreichende Herausforderungen. Denn dessen traditionelle Finanzierungsbasis schrumpft. Auch unsere Steuer-, Bildungs- und Beschäftigungssysteme müssen sich im Zuge des demografischen Wandels verändern. Der demografische Wandel stellt die Gerechtigkeitsfrage neu.

### **Altersgerecht: Aktive Teilhabe im Alter**

In einer Gesellschaft mit einem immer höheren Anteil älterer Menschen brauchen wir einen neuen Generationenvertrag. Dieser soll nicht nur die sozialen Sicherungssysteme umfassen, sondern auch die aktive Teilhabe der Älteren in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gestalten. Dies muss sich auf unterschiedliche Politikfelder wie Sozial-, Wohnungs- und Verkehrspolitik ebenso wie Stadtplanung niederschlagen. Die Älteren tragen produktiv zur Zukunftsgestaltung bei. Sie werden mit ihren Erfahrungen in Arbeit und Gesellschaft gebraucht. Wir wollen ältere Menschen dabei unterstützen, ihr in ihrem Leben erworbenes Wissen weiter zu vermitteln und neues Wissen, insbesondere Medienkompetenz zu erwerben. Wir wollen ein differenziertes und auf viele unterschiedliche Lebenssituationen ausgerichtetes Wohn-, Pflege-, Betreuungs- und Hilfeangebot schaffen. Dazu gehört für uns das generationsübergreifende Zusammenleben als eine wichtige Grundlage der Verbesserung des Verständnisses von Jung und Alt, sowie „Neue Wohnformen“ wie Haus- oder Siedlungsgemeinschaften, die den individuellen Lebensbedürfnissen älterer Menschen eher gerecht werden als traditionelle Großeinrichtungen. Politik muss die Belange älterer Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft einbeziehen. Rentenversicherung. Der veränderte Altersaufbau der Gesellschaft führt dazu, dass die Frage der Generationengerechtigkeit besonders für die Altersvorsorge neu gestellt werden muss. Nur eine Kombination aus gesetzlicher Rentenversicherung und privater Vorsorge kann Beitragsstabilität und gleichzeitig eine Altersversorgung gewährleisten, die den Lebensstandard sichert. Langfristig ist die gesetzliche Rentenversicherung für alle Berufsgruppen und Einkommensarten in Form einer Bürgerversicherung zu entwickeln. Die Grundsicherung für Seniorinnen und Senioren kann in ein solches System integriert werden. XII. Pflegeabsicherung

Voraussetzung für eine menschenwürdige Pflege ist die Sicherung der Selbstbestimmung, der Grundrechte und die Förderung der vorhandenen individuellen Ressourcen. Noch immer wird zu oft über ältere und hilfebedürftige Menschen verfügt, werden ihre Menschenrechte missachtet bis zu Gewaltakten. Eine der wesentlichen Ursachen ist im vielerorts drückenden Pflege- und Personalnotstand zu suchen, der zu Überforderung von Pflegekräften und Angehörigen führt. Qualifizierung, Beratung und Begleitung müssen dem entgegenwirken. Für eine menschlichere Versorgung ist eine umfassende Erhebung der krank machenden Umstände, die Beseitigung des Personal- und Pflegenotstandes und individuellerer Schulung des Personals und der Angehörigen dringend notwendig. Wir wollen neue, auf die individuellen Bedürfnisse pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen zielende Angebotsformen und Versorgungsstrukturen unterstützen. Der Pflegebegriff muss unter Einbeziehung der ganzheitlichen Pflege erweitert werden. Die Vielfalt unterschiedlicher Formen der Pflege ist weiterzuentwickeln und stärker miteinander zu verzahnen – professionelle mit ehrenamtlichen Angeboten sowie der Pflege durch Angehörige. In der häuslichen Pflege wie auch in der professionellen Pflegearbeit sind überwiegend Frauen tätig. Ihre Arbeitsbedingungen müssen entscheidend verbessert werden. Ein gemeinsames Berufsbild „Pflege“ durch die Einbeziehung verschiedener Berufsfelder und Qualifikationen ist ein entscheidender Schritt. Die Finanzierungsgrundlage für die Pflege muss deutlich erweitert werden, damit sie den Anforderungen einer menschenwürdigen Pflege gerecht werden kann. Denn Pflege ist mehr als die Versorgung der körperlichen Grundbedürfnisse. Auch durch eine bessere Verknüpfung der Pflegeversicherung mit anderen gesetzlichen Leistungsbereichen wollen wir die notwendigen Mittel zur Sicherung der Rehabilitation, Behandlung, Pflege und sozialen Begleitung – auch zu Hause – besser absichern.

Zu 2.) Seniorenpolitik und Politik für und mit ältere(n) Menschen ist ein Querschnittsthema, das nahezu alle Politikbereiche betrifft. Jede Kommune muss für sich selbst darauf achten, dass sich in ihren politischen Entscheidungen die abzusehende demografische Entwicklung und die mit ihr zusammenhängenden Probleme abbilden und überzeugende Lösungen für eine

generationenübergreifende Gestaltung und Strukturierung des der jeweiligen kommunalen Lebens gefunden werden

Zu 3.) Jeder ältere Mensch soll nach seinen Wünschen und Vorstellungen sein Alter würdig leben können. Bündnis 90/Die Grünen halten daher nicht nur das Wahlrecht bezüglich der von den Betroffenen gewünschten Lebensform für ein wichtiges Grundprinzip einer aktivierende Seniorenpolitik, sondern ein nach den individuellen Bedarfen der Menschen ausgerichtetes vielfältiges Angebot an Wohn- und Betreuungsformen für eine unverzichtbare Voraussetzung zur Ausübung des Wunsch- und Wahlrechts. Basis dafür wäre nach unseren Vorstellungen die Vorlage eines differenzierten kommunalen Altenplans.

Konzepte für ein barrierefreies und auch gemeinschaftliches Wohnen sind vielfältig vorhanden und von Bündnis 90/Die Grünen schon früh als Alternative zu einem Wohnen im Heim propagiert worden. Ausgearbeitete Konzepte dazu liegen seitens des Forums für Gemeinschaftliches Wohnen im Alter e.V. sowie seitens des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA) umfangreich vor. Dabei soll niemand aus seiner bisherigen Wohnung ausziehen müssen, sondern die unterstützenden Hilfen dort angeboten werden, wo es gewünscht wird (z.B. ambulant betreutes Wohnen ) Der Bau zentrumsnaher barrierefreier Wohnungen hängt vom wohnungspolitischen Konzept jeder Gebietskörperschaft bzw. jeder Kommune und dem Engagement der interessierten Investoren ab, die dafür ggf. Fördermittel aus dem Landeswohnungsbauprogramm in Anspruch nehmen können.

Zu 4.) Zur stadtteilnahen Versorgung auch älterer Menschen gehören ausreichende Angebote an barrierefreien Läden für den täglichen Bedarf sowie das Vorhandensein von gewerblichen und gemeinnützigen Dienstleistungen für Versorgung und Betreuung Älterer. Bei der Entwicklung seniorengerechter Produkte ist die Industrie inzwischen ein gutes Stück vorangekommen. Ergebnisse dazu sind bei der Vereinigung LIGNA abzurufen.

Zu 5.) Die aktivierende Seniorenarbeit ist eine freiwillige Aufgabe der Kommunen. Das Bild vom Menschen im Alter hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Immer mehr ältere Menschen leben im Alter im „aktiven Unruhestand“. Sie sind bildungsorientiert und bewegungsorientiert, wollen am gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Leben stärker teilhaben. Sie bringen Lebenserfahrungen mit, die für die nachwachsende Generation wichtig sind und weitergegeben werden sollten. Die vielfältigen Bildungseinrichtungen der Erwachsenenbildung bieten sich als ideale Orte der intergenerativen Vermittlung und des Austausches dieses Erfahrungswissens an. Darüber hinaus hat sich in vielen Kommunen die Arbeit der sogen. Altenclubs bewährt. Die (Lebens-)Beratung älterer Menschen ist sowohl von den zuständigen kommunalen Stellen wie auch von Wohlfahrtsverbänden und freien Initiativen zu leisten.

Zu Fragen der Pflege sind die Pflegestützpunkte als trägerunabhängige Beratungsinstanzen auszubauen. Diese sollen nach unseren Vorstellungen auch Fallmanagement (case management) durchführen. Jeder Mensch soll nach Grünen Vorstellungen einen rechtlichen Anspruch auf individuelle Pflege- und Wohnberatung erhalten

Für die Teilnahme am kulturellen Leben befürworten wir angesichts von vielfältigen Mobilitätsbeeinträchtigungen aber auch vor dem Hintergrund eines gesteigerten Sicherheitsbedürfnisses älterer Menschen und Abholdienste und Begleitdienste z.B. zu abendlichen Theater- oder Vortragsveranstaltungen

Zu.6.) Soziale Isolation entsteht vor allem dann, wenn Menschen keine Netzwerke aus Verwandten und/oder Freunden (mehr) haben und aufgrund steigender, meist krankheitsbedingter oder altersbedingter Hilfsbedürftigkeit kaum noch am öffentlichen Leben



teilnehmen können. In solchen Fällen müssen durch den Aufbau nachbarschaftlicher Netzwerke und freiwilliger Besuchsdienste Kontakte zu den Menschen aufgenommen und gepflegt werden, die von sozialer Isolation bedroht sind. Teilweise werden auch professionelle ambulante Dienstleistungen erforderlich sein, um den individuellen Unterstützungsbedarf erfüllen zu können. Hier wächst auch den ehemals gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften eine Aufgabe zu, denn sie müssen sich dem altersbedingten Wandel in ihren Wohngebieten und den damit einhergehenden Herausforderungen stellen.

Begegnungsstätten, Altenclubs aber auch Mehrgenerationenhäuser leisten im Übrigen einen wichtigen Beitrag gegen die soziale Isolation.

Zu 7.) Pflegenden Angehörigen müssen ausreichende Angebote zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch über die Pflege ihrer Angehörigen gemacht werden. Für ihre pflegerische Arbeit muss die Teilnahme an „Schulungsangeboten“ zur Bewältigung der häuslichen Pflegeanforderungen und der damit verbundenen Problemsituationen ermöglicht werden. Als Entlastung müssen auch in Zukunft „echte“ Kurzzeitpflegebetten zu bezahlbaren Preisen vorgehalten werden. Auch die Tagepflege muss ausgebaut werden. Die komplette Streichung entsprechender Landesmittel wurde und wird von uns abgelehnt. Auf Bundesebene befürworten wir ein Pflegezeitgesetz, bei dem Angehörige bis zu drei Monaten aus ihrem Beruf herausgehen können, um die Pflege und Betreuung ihrer Angehörigen organisieren zu können. Wer diese Auszeit in Anspruch nimmt, soll eine Lohnersatzleistung und ein ungeschmäleretes Rückkehrrecht auf einen Arbeitsplatz bekommen. Das von der Bundesfamilienministerin eingebracht Pflegezeitgesetz genügt diesen Ansprüchen nicht und geht letztlich überwiegend zulasten der Frauen, die überwiegend mit der Pflege ihrer Angehörigen belastet sind.

Zu 8.) Schon jetzt gibt es an vielen Orten generationsübergreifende Wohn- und Lebensprojekte, die von Grünen befürwortet und nicht selten durch eigene Teilnahme unterstützt werden. Was in bäuerlichen Lebensgemeinschaften nach wie vor generationsübergreifenden Lebensgemeinschaften üblich ist, muss allerdings für das städtische Leben neu entwickelt und als Idee offen diskutiert werden. So gibt es im Rahmen vielfältiger Projekte des Gemeinschaftlichen Wohnens von Alt und Jung Menschen, die sich im Sinne der Bildung neuer Wahlverwandtschaften für ein gemeinsames Wohnen und Leben zusammengetan und Wohnprojekte aufgebaut haben. Das Zusammenwachsen solcher frei gewählten Gruppen sollte durch die Finanzierung von begleitender Moderation befördert werden. Eine Förderung aus dem Landeswohnungsbauprogramm ist schon heute möglich, sollte nach grünen Vorstellungen allerdings mit größerer Priorität versehen werden.

Mehrgenerationenhäuser und andere soziale Stadtteilzentren führen Menschen unterschiedlichen Alters zusammen und organisieren das generationenübergreifende Miteinander unter dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“. Unabhängig davon propagieren und unterstützen wir alle Projekte, die sich der Begegnung und dem Miteinander älterer und junger Menschen z.B. in Kindertagesstätten oder durch den Besuch von Kindergruppen in Altenheimen verschrieben haben (gemeinsames Singen, gemeinsames Lesen und Vorlesen, biografisches Erzählen u.v.a.m.) Auf einer anderen Ebene gibt es, meist organisiert durch die Industrie- und Handelskammern im Ruhestand befindliche Unternehmerinnen und Unternehmer, die jungen Existenzgründerinnen und Existenzgründer beim Aufbau ihrer neuen Firmen beratend zur Seite stehen und z.T. mit Kapital „unter die Arme greifen“

Zu 9.) Die Abschaffung des Zivildienstes wurde von den Grünen parallel zur Abschaffung der Wehrpflicht seit langem gefordert. Der jetzt von der Bundesregierung ausgerufenen

Bundesfreiwilligendienst (BFD) darf allerdings nicht zulasten der bisherigen Freiwilligendienste FSJ, FÖJ, FSJ – K und FSJ-P gehen. Das derzeit stattfindende Erpressungsmanöver der Bundesregierung gegenüber den Trägern der bisherigen Freiwilligendienste zugunsten der stärkeren Etablierung BFD lehnen wir ab. Die Rahmenbedingungen aller Freiwilligendienste müssen einheitlich sein. Schulung und Qualifizierung der Freiwilligen sollten wie bisher in den entsprechenden Akademien und Schulungsstätten fortgeführt werden. Unklarheiten z.B. bei der Frage der Bezahlung von Kindergeld beim BFD sind umgehend zu beseitigen. Wir befürworten die Bewerbung aller Freiwilligendienste für Menschen jeden Alters.

Zu 10.) Die zukünftige haus- und fachärztliche Versorgung auf dem Lande wird schwieriger, nicht weil es zu wenig Ärztinnen und Ärzte gibt, sondern weil viele angehende Mediziner die Annehmlichkeiten der sozialen und kulturellen Infrastruktur in den Städten nicht missen wollen und daher nur schwer und wenn dann mit Anreizen zur Gründung oder Übernahme einer Praxis auf dem Lande zu bewegen sind. Diese Anreize müssen allerdings parallel durch den Abbau der medizinischen Überversorgung und eine „Anreizminderung“ bei den Honoraren in den Ballungsgebieten finanziert werden. Einen solchen Schritt bleibt das neue medizinische Versorgungsgesetz des Bundesgesundheitsministers leider schuldig. Projekte der Gesundheitsprävention für Ältere müssen viel stärker als bisher durch die Mittel der Krankenkassen in den Wohnquartieren wie auch in den stationären Einrichtungen zusammen mit den Trägern der ambulanten Dienste und der Heime aufgebaut und angeboten werden. Hier ist ein großer Mangel festzustellen. Geriatriische Stationen sollten an jedem Allgemeinkrankenhaus als Regelstationen eingerichtet sein. Die Palliativversorgung wird derzeit in einem Stufenplan sukzessive flächendeckend ausgebaut. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Hospizbewegung mit ihren ambulanten und stationären Angeboten gleichberechtigt mitwächst und in den Palliativstützpunkten auf gleicher Augenhöhe mitentscheiden kann.

Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung einer älteren Bevölkerung wird von einem stärkeren Miteinander der Akteure im Sinne der Nutzer und weniger von einem Gegeneinander zur Wahrung der eigenen Interessen und Besitzstände abhängen. Ob Pflege zukünftig menschenwürdig gestaltbar und finanzierbar ist, wird in entscheidendem Maße auch einen „guten Mix“ verschiedener Hilfen erfordern

Zu 11.) Die Versorgung demenziell erkrankter Menschen muss in kommunalen Altenpflegeplänen mitbearbeitet werden und mit Zielkonzeptionen versehen werden. Die Ausweitung niedrigschwelliger Angebote und begleitender Hilfen für an Demenz Erkrankte im Pflegeleistungsergänzungsgesetz war überfällig, bleibt aber angesichts der enorm personalintensiven Betreuungsanforderungen ein Tropfen auf den heißen Stein und damit weit hinter dem Notwendigen zurück. Eine Änderung wird nur durch die längst überfällige Änderung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs erreicht werden können, der psychische und körperliche Beeinträchtigungen gleichberechtigt behandelt und soziale wie finanzielle Einzelsituationen gesondert in den Blick nimmt. Leitbild muss die individuelle, teilhabe- und ressourcenorientierte Pflege sein, bei der die Rolle der Pflegebedürftigen und ihrer Bezugspersonen – damit ist nicht nur Familie und Verwandtschaft gemeint – gestärkt wird.

Zu 12.) Bündnis 90/Die Grünen haben immer wieder die in Niedersachsen gegenüber anderen westlichen Bundesländern viel zu niedrigen Pflegesätze in der Pflege kritisiert. Die notwendige Aushandlung neuer höherer Pflegesätze ist Angelegenheit der Selbstverwaltung und wird dort zurzeit verhandelt. Die Grünen haben die Forderungen der Pflegekräfte und ihrer Interessenvertretungen für höhere Pflegesätze durch viele – auch parlamentarische Initiativen – unterstützt. Der Ausstieg einzelner Trägerverbände aus dem bis dato geltenden

Tariflöhnen geht zulasten der Beschäftigten und schreckt viele Interessierte am Pflegeberuf ab. An der Höhe der in der Pflege gezahlten Löhne drückt sich die immer noch vorhandene mangelnde gesellschaftliche Wertschätzung des Pflegeberufs aus. Diese ist spätestens seit Kenntnis der abzusehenden demografischen Entwicklung, die sich auch auf die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber bei den Altenpflegeschulen niederschlagen wird als realitätsfremd und ignorant zu bewerten.

Bündnis 90/Grünen treten eindeutig für eine Ausweitung der finanziellen Basis der Pflegeversicherung durch Überführung der jetzigen Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung ein, die alle Einkommensarten in die Beitragsbemessung einbezieht. Nur so können auch die für die Zukunft notwendigen Leistungsausweitungen im Sinne des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs finanziert und Tariflöhne garantiert werden.

Zu 13.) Bündnis 90/Die Grünen treten für die Wiedereinführung der umlagefinanzierten Ausbildungsumlage ein. Nur so werden die Kosten der Ausbildung solidarisch und gerecht von allen Pflegeeinrichtungen, ob stationär oder ambulant, aufgebracht werden können. Mit der Wiedereinführung der Ausbildungsumlage würden auch bestehende Wettbewerbsnachteile der Betriebe, die jetzt ausbilden, beseitigt werden können. Darüber hinaus muss für die Schülerinnen und Schüler an den privatrechtlich organisierten Fachschulen der Altenpflege die komplette Schulgeldfreiheit eingeführt werden. Die Ausbildung der Umschülerinnen und Umschüler muss weiterhin für den gesamten dreijährigen Ausbildungszeitraum von der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden.

Zu 14.) Seniorenbeiräte sollten möglichst durch alle Wahlberechtigten, die das 60igste Lebensjahr erreicht haben, gewählt werden. Sie sollten in den Ausschüssen der Räte beratend vertreten sein, die sich vor allem mit den Belangen älterer Menschen beschäftigen. Weitere Partizipationsmöglichkeiten wären durch die Einberufung offener Foren zu anstehenden wichtigen Fragen der kommunalen Seniorenpolitik denkbar.

Bündnis 90/Die Grünen befürworten die nach dem Nieders. Landespflegegesetz mögliche ständige Einrichtung einer kommunalen Pflegekonferenz als Gremium zur Diskussion und Meinungsbildung zu allen anstehenden Fragen der pflegerischen Versorgung für Ort.